

Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland; Jahresbericht 2022

Graf, Johannes

Veröffentlichungsversion / Published Version

Tätigkeitsbericht, Jahresbericht / annual report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Graf, J. (2023). *Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland; Jahresbericht 2022*. (Berichtsreihen zu Migration und Integration, Reihe 2). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ). <https://doi.org/10.48570/bamf.fz.bericht.r2.deutsch.2023.freizueg.jb.2022.1.0>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Forschungs
Zentrum
BAMF

BERICHTSREIHEN ZU MIGRATION UND INTEGRATION – REIHE 2

Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland

Jahresbericht 2022

Johannes Graf

Inhaltsverzeichnis

Auf einen Blick	3
1. Einleitung und Datengrundlage	4
2. Zuwanderung von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland	6
3. Abwanderung von EU-Staatsangehörigen aus Deutschland	10
4. Wanderungssaldo	13
5. In Deutschland aufhältige EU-Staatsangehörige	18
6. EU-Staatsangehörige auf dem deutschen Arbeitsmarkt	20
Anhang: Zu- und Abwanderung von EU-Staatsangehörigen nach Bundesländern	22

Methodischer Hinweis:

Aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zur statistischen Geheimhaltung (§ 16 Abs. 1 BStatG) dürfen keine Werte aus dem Ausländerzentralregister veröffentlicht werden, die Aussagen über Einzelpersonen ermöglichen. Deshalb werden im folgenden Bericht alle Statistiken (inkl. den Werten der Vorjahre) einer Fünferndung unterzogen. Das bedeutet, dass alle Werte auf das nächste Vielfache von 5 gerundet werden. Dieses Vorgehen ermöglicht eine praxisnahe Sicherstellung der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht bei gleichzeitiger Minimierung des Informationsverlustes. Es führt jedoch auch dazu, dass sich die Summe der Einzelwerte einer Tabelle von den abgebildeten Spalten- bzw. Zeilensummen unterscheiden kann.

Auf einen Blick

ZENTRALE TRENDS

- Im Jahr 2022 sind nach Angaben des Ausländerzentralregisters rund 481.600 EU-Staatsangehörige nach Deutschland zugewandert (ohne Deutsche). Diese Zahl liegt damit zwar um 2,8 % höher als im Vorjahr, jedoch immer noch deutlich unter dem Niveau vor dem Einsetzen der COVID-19-Pandemie. Allerdings war bereits in den Jahren zuvor eine insgesamt stagnierende bzw. 2019 sogar eine rückläufige Tendenz der Zuwanderungszahlen festzustellen.
- Die Zahl der aus Deutschland abgewanderten EU-Staatsangehörigen lag mit etwa 338.100 Personen in etwa auf dem Niveau der beiden Vorjahre (+0,3 %) und damit weiter unter den vor der Pandemie stetig gestiegenen Abwanderungszahlen.
- Die insgesamt leicht gestiegenen Zuwanderungszahlen führten in Verbindung mit der konstanten Abwanderung zu einer höheren Nettozuwanderung nach Deutschland. Insgesamt sind ca. 143.500 EU-Staatsangehörige mehr ein- als wieder ausgewandert, was eine Steigerung von 9,2 % im Vergleich zu 2021 bedeutet.
- Nach wie vor bilden sowohl bei der Zu- als auch bei der Abwanderung Staatsangehörige aus Polen, Bulgarien und vor allem Rumänien die quantitativ bedeutsamsten Gruppen.
- Ende Dezember 2022 lebten über 5 Mio. EU-Staatsangehörige in Deutschland, was einen leichten Anstieg um 1,6 % im Vergleich zum Dezember 2021 darstellt.
- Im September 2022 waren insgesamt rund 2,5 Mio. EU-Staatsangehörige auf dem deutschen Arbeitsmarkt sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Während die Beschäftigung aller EU-Staatsangehörigen im Vergleich zum Vorjahresmonat um 5,7 % angestiegen ist, weisen die für die Zuwanderung besonders relevanten Staaten Bulgarien, Rumänien und Polen überdurchschnittliche Steigerungsraten auf.

1. Einleitung und Datengrundlage

Im halbjährlich erscheinenden Freizügigkeitsmonitoring berichtet das Forschungszentrum des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner „Berichtsreihen zu Migration und Integration“ über die aktuelle Entwicklung der Zu- und Fortzüge von Staatsangehörigen der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU)¹ nach bzw. aus Deutschland. Hierzu werden entsprechende Auswertungen aus dem bundesweiten Ausländerzentralregister (AZR) vorgenommen. Das Freizügigkeitsmonitoring ergänzt damit das parallel erscheinende „Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration“ (Reihe 1 der Berichtsreihen zu Migration und Integration), bei dem Drittstaatsangehörige im Fokus der Betrachtung stehen.

Die im Freizügigkeitsmonitoring dargestellten AZR-Wanderungszahlen unterscheiden sich von den Zahlen der auf An- und Abmeldungen basierenden, fallbezogenen Zu- und Fortzugsstatistik des Statistischen Bundesamtes. Die Daten des AZR sind personenbezogen und Personen werden darin erst registriert, wenn sie sich nicht nur vorübergehend, sondern länger als 90 Tage im Bundesgebiet aufhalten (§ 2 Abs. 1 AZRG). Geburten oder Sterbefälle von ausländischen Staatsangehörigen in Deutschland fließen dabei nicht in die Zu- bzw. Abwanderungsstatistik ein.

Den in diesem Bericht dargestellten AZR-Wanderungszahlen liegt ein dreimonatiger Nacherfassungszeitraum zugrunde, d. h. die Werte für das Jahr 2022 resultieren aus einer Abfrage vom 31. März 2023. Dadurch erhöht sich die Belastbarkeit der Daten, weil Nachmeldungen im AZR berücksichtigt werden, die zwar erst im ersten Quartal 2023 erfolgten, jedoch noch Wanderungsvorgänge aus 2022 betreffen.

Den zentralen Teil dieses Berichts bildet die Darstellung der nach den einzelnen EU-Staatsangehörigkeiten unterteilten Zahlen zur Zu- und Abwanderung seit dem Jahr 2014 (Kapitel 2 und 3) sowie der daraus resultierenden Nettozuwanderung (Kapitel 4). Im Anhang findet sich zusätzlich eine Aufschlüsselung der Wanderungszahlen nach Bundesländern und den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten.

Des Weiteren liegt im Jahresbericht ein besonderes Augenmerk auf der Entwicklung der Zu- und Fortzüge von Staatsangehörigen

- aus den sog. **EU-8 Staaten** (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn), für die seit dem 1. Mai 2011 die vollständige EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt;
- aus den sog. **EU-2 Staaten** (Rumänien und Bulgarien), für die seit dem 1. Januar 2014 die vollständige EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt, sowie
- aus **Kroatien**, das zum 1. Juli 2013 der EU beigetreten ist und für dessen Staatsangehörige seit dem 1. Juli 2015 die vollständige EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt.

Abgeschlossen wird das Freizügigkeitsmonitoring mit einem Überblick über die Zahl der in Deutschland aufhältigen ausländischen EU-Staatsangehörigen zum Stichtag 31. Dezember 2022 (Kapitel 5) sowie Daten zur Teilnahme dieser Personengruppen am deutschen Arbeitsmarkt (Kapitel 6). Anhand der AZR-Daten können keine Aussagen über den tatsächlichen Umfang der Erwerbstätigkeit getroffen werden, da solche Angaben bei EU-Staatsangehörigen nicht erfasst werden. Für eine Analyse des Arbeitsmarktes muss daher auf die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlichte Beschäftigungsstatistik zurückgegriffen werden, so wie dies auch im "Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration" für Erwerbstätige aus Drittstaaten getan wird.

Die Migration im Jahr 2022 stand, wie auch bereits in den Jahren 2020 und 2021, unter dem Einfluss der COVID-19-Pandemie. Im Gegensatz zu den Grenzschließungen im Jahr 2020 kam es jedoch nicht mehr zu tatsächlichen Einreiseverboten. Diese waren seitdem nur noch für sogenannte Virusvariantengebiete gültig. Eine Einstufung als sogenanntes Hochrisikogebiet führte dagegen lediglich zu erweiterten Anmelde- bzw. Testpflichten sowie Quarantäneregelungen. Zum 1. Juni 2022 wurden alle Beschränkungen auf Basis der Einstufung als Hochrisikogebiet aufgehoben. Die verbliebenen pandemiebedingten Einreisebeschränkungen insbesondere für Drittstaatsangehörige endeten zum 11. Juni 2022, mit Ausnahme der Regelung für Virusvariantengebiete sowie der Sonderregelung für Einreisen aus dem Staatsgebiet Chinas (sog. Gegenseitigkeitsvorbehalt; AA 2023). Mit Auslaufen der Coronavirus-Einreiseverordnung

¹ Dies umfasst keine Personen, die sowohl die deutsche Staatsangehörigkeit als auch die eines anderen EU-Mitgliedstaates besitzen, da diese nicht im AZR erfasst werden.

zum 7. April 2023 sind Einreisen ausländischer Personen unter Berücksichtigung allgemeiner aufenthaltsrechtlicher und grenzpolizeilicher Bestimmungen wieder ohne pandemiebedingte Beschränkungen möglich (BMG 2023).

Aufgrund des Austritts des Vereinigten Königreiches aus der EU werden seit dem Ende des im Austrittsabkommen festgelegten Übergangszeitraums am 31. Dezember 2020 im Freizügigkeitsmonitoring keine Staatsangehörigen des Vereinigten Königreiches mehr erfasst. Neuzugewanderte Personen erhalten in der Regel – wie andere Drittstaatsangehörige auch – Aufenthaltstitel nach dem Aufenthaltsgesetz und werden daher in den Statistiken zur Migration von außerhalb der EU erfasst.² Um eine Vergleichbarkeit der Höhe der binneneuropäischen Migration über die vergangenen Berichtszeiträume hinweg sicherzustellen, werden im Freizügigkeitsmonitoring seit dem Jahresbericht 2021 britische Staatsangehörige auch aus den bereits vorhandenen Zeitreihen herausgerechnet.

² Beispielsweise finden sich britische Staatsangehörige, denen 2022 ein Aufenthaltstitel zu Bildungs- und Erwerbszwecken erteilt wurde, im Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration (Graf 2023).

2. Zuwanderung von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland

Nach Angaben des AZR sind 2022 insgesamt etwa 481.600 EU-Staatsangehörige nach Deutschland zugezogen. Dies bedeutet einen Anstieg von knapp 13.100 Personen bzw. 3 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Zuwanderungszahlen von 2022 liegen damit zwar über denen von 2021, jedoch weiterhin knapp unter denen von 2020. Vor Beginn der COVID-19-Pandemie lagen die Zahlen noch deutlich höher, jedoch

war die Zuwanderung bereits zu diesem Zeitpunkt leicht rückläufig. Die pandemiebedingten Einreisebeschränkungen haben diesen Rückgang sehr wahrscheinlich vor allem im ersten Halbjahr 2020 noch einmal deutlich verstärkt.

Die leicht steigende Tendenz der Zuwanderung im Jahr 2022 zeigt sich auch für die Mehrheit der einzelnen Staats-

Tabelle 1: Anzahl der seit 2014 zugewanderten EU-Staatsangehörigen nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Veränderung 2021/22
Belgien	2.150	2.380	2.405	2.475	2.345	2.285	1.985	2.200	2.240	+1,8 %
Bulgarien	63.140	71.710	66.790	66.870	67.885	68.815	63.345	60.090	59.640	-0,7 %
Dänemark	1.485	1.615	1.735	1.775	1.720	1.740	1.660	1.605	1.510	-5,9 %
Estland	820	805	740	680	700	685	560	515	590	+14,6 %
Finnland	1.690	1.965	1.905	1.915	1.715	1.485	1.040	1.060	1.345	+26,9 %
Frankreich	11.060	12.505	12.915	13.110	12.215	11.740	10.060	10.455	10.980	+5,0 %
Griechenland	23.360	23.910	22.330	22.225	20.965	18.885	15.650	14.675	15.775	+7,5 %
Irland	1.310	1.660	1.790	1.935	1.985	2.070	1.680	2.060	2.530	+22,8 %
Italien	43.675	47.455	42.700	43.430	43.350	39.945	30.645	28.545	31.275	+9,6 %
Kroatien	37.060	50.645	51.165	50.285	48.620	40.150	28.565	23.760	20.235	-14,8 %
Lettland	5.810	5.400	5.290	6.060	5.970	5.820	4.780	4.250	4.080	-4,0 %
Litauen	6.830	8.220	7.790	8.720	10.205	9.380	7.060	5.685	5.215	-8,3 %
Luxemburg	2.065	2.420	2.375	2.305	2.310	2.355	3.090	2.190	2.155	-1,6 %
Malta	65	90	70	90	85	95	115	110	110	-
Niederlande	8.350	9.175	8.790	8.580	7.930	7.610	6.470	6.655	6.625	-0,5 %
Österreich	7.925	8.790	8.740	8.860	8.320	7.730	8.490	6.970	7.020	+0,7 %
Polen	143.760	147.910	123.135	118.025	113.410	101.465	83.590	75.400	79.230	+5,1 %
Portugal	9.175	8.655	8.025	7.385	6.605	6.370	5.545	5.815	6.730	+15,7 %
Rumänien	156.440	174.780	171.380	179.840	194.615	188.090	161.405	157.780	161.335	+2,3 %
Schweden	1.770	2.270	2.090	2.280	2.315	2.160	1.975	2.320	3.170	+36,6 %
Slowakei	12.565	12.000	10.020	10.120	9.815	10.070	7.490	8.075	8.385	+3,8 %
Slowenien	3.475	3.850	2.840	2.720	2.295	1.990	1.620	1.450	1.495	+3,1 %
Spanien	21.375	20.145	18.670	16.240	15.620	15.170	14.265	17.610	18.840	+7,0 %
Tschechien	8.970	9.475	7.965	8.165	7.905	7.535	6.300	6.005	6.200	+3,2 %
Ungarn	48.065	48.100	42.300	40.015	36.295	30.380	24.230	22.960	24.530	+6,8 %
Zypern	445	440	420	405	320	280	265	310	375	+21,0 %
EU-Staatsangehörige gesamt*	622.840	676.370	624.375	624.505	625.505	584.310	491.865	468.545	481.610	+2,8 %

* Aus Vergleichsgründen wurden die Zuzugszahlen von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs aus der gesamten Zeitreihe herausgerechnet.

Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

angehörigkeiten. Tabelle 1 stellt dazu die jährlichen Zuwanderungszahlen seit 2014 mit der Veränderung im Vergleich zum Vorjahr dar.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zuwanderung von Staatsangehörigen aus insgesamt 18 Staaten gestiegen. 2021 waren dies nur für zehn Staaten der Fall. Unter den quantitativ bedeutsamsten Herkunftsländern zeigte sich die höchste prozentuale Steigerung für italienische Staatsangehörige mit 10 %. Aber auch die Zuwanderung von spanischen, griechischen und ungarischen Staatsangehörigen stieg mit jeweils 7 % relativ stark an.

Von den sieben Staaten mit rückläufiger Zuwanderung war die Veränderung lediglich für kroatische Staatsangehörige mindestens vierstellig (-3.500 Personen). Diese Abnahme ist mit 15 % auch prozentual betrachtet die mit Abstand stärkste. Für kroatische Staatsangehörige ist ein Rückgang der jährlichen Zuwanderung bereits seit 2017 zu beobachten, von damals noch über 50.000 Personen auf nur noch 20.000 im Jahr 2022.

Die Rangfolge der quantitativ bedeutendsten Herkunftsländer wird weiterhin deutlich von Rumänien angeführt (s. Abbildung 1). Dahinter folgen Polen, Bulgarien und Italien, deren Zuwanderung zusammengenommen in etwa der aus Rumänien entspricht. Aufgrund des stetigen Rückgangs in der Zuwanderung liegen kroatische Staatsangehörige seit diesem Jahr nur noch an sechster Stelle, den fünften Platz nehmen ungarische Staatsangehörige ein. Vor Beginn der Pandemie stellten kroatische Staatsangehörige noch die viertgrößte Gruppe dar. Zusammengefasst besaßen wie in den Vorjahren über drei Viertel der zugezogenen EU-Staatsangehörigen die Staatsangehörigkeit eines Landes der sogenannten EU-8³, der EU-2⁴ oder Kroatiens, wobei Personen mit rumänischer, polnischer und bulgarischer Staatsangehörigkeit über 80 % dieser Gruppe ausmachten.

Die EU-8 Staaten, für welche seit dem 1. Mai 2011 die vollständige Freizügigkeit innerhalb der EU gilt, waren insgesamt für über ein Viertel der Gesamtzuwanderung verantwortlich. Polnische Staatsangehörige bilden hier die zahlenmäßig bedeutendste Gruppe mit einem Anteil von über 60 %. Seit dem Zuwanderungshöhepunkt in 2015 ist die Zuwanderung für die EU-8 insgesamt bisher allerdings jedes Jahr gefallen. Erstmals zeigt sich 2022 wieder ein leichter Anstieg von 4 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Steigerung geht dabei absolut betrachtet v. a. auf ungarische und polnische Staatsangehörige zurück.

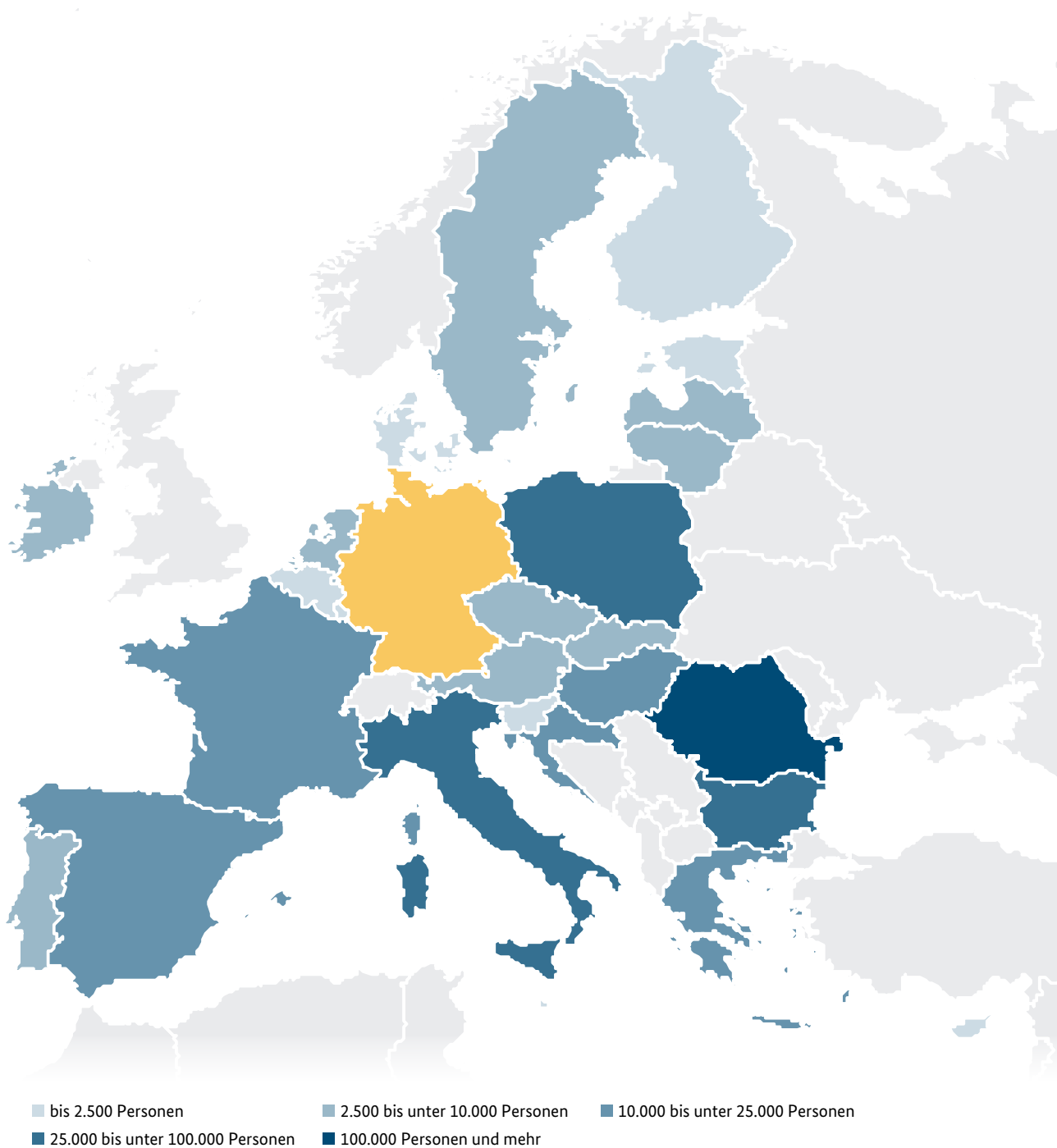
Auch die Zahl der zugewanderten Personen mit einer Staatsangehörigkeit aus den EU-2 Staaten Bulgarien und Rumänien nahm seit Einführung der uneingeschränkten EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für diesen Personenkreis zum 1. Januar 2014 überdurchschnittlich zu und erreichte für bulgarische Staatsangehörige bereits 2015, für rumänische Staatsangehörige 2018 den bisherigen Höchstwert. Seit 2019 ging die Zuwanderung dann aus beiden Staaten zurück. Im Jahr 2022 stieg sie für rumänische Staatsangehörige wieder leicht an (+2 %), während sie für bulgarische Staatsangehörige weiter zurückging, wenn auch mit nicht einmal einem Prozent deutlich geringer als noch in den Vorjahren.

Insgesamt zeigte sich 2022 eine leichte Erholung der pandemiebedingt eingebrochenen binneneuropäischen Zuwanderung nach Deutschland. Allerdings konnte das Niveau vor Beginn der Pandemie nach wie vor nicht erreicht werden: Die Zuwanderung 2022 lag um etwa 100.000 Personen unter dem Wert von 2019. Die steigende Entwicklung ist bei der Mehrheit der für die Höhe der Zuwanderung zentralen Staatsangehörigkeiten zu beobachten. Eine deutliche Ausnahme bildet lediglich Kroatien. Ob sich der aktuell sichtbare Anstieg verfestigt oder sogar weiter verstärkt, bleibt abzuwarten. Veränderte demografische Strukturen in den wichtigsten Herkunftsländern sowie damit einhergehende Wandlungen in den dortigen Arbeitsmärkten hatten vor einigen Jahren noch zur Prognose einer deutlichen Abnahme der Zuwanderung aus diesen Staaten geführt.

3 Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

4 Bulgarien und Rumänien.

Abbildung 1: Im Jahr 2022 nach Deutschland zugewanderte EU-Staatsangehörige nach dem Umfang der Zuwanderung



Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

Alter und Geschlecht der zugewanderten EU-Staatsangehörigen

Von den im Jahr 2022 zugewanderten EU-Staatsangehörigen waren, wie auch in den Vorjahren, über 90 % im erwerbsfähigen Alter von 16 bis 64 Jahren (s. Tabelle 2). Der größte Anteil entfällt dabei auf die Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen mit über einem Viertel. Bei den

meisten Herkunftsstaaten liegt der höchste Wert in dieser Altersgruppe, was auf eine hohe Erwerbsbeteiligung der EU-Zugewanderten schließen lässt. Da im AZR bei EU-Staatsangehörigen der Aufenthaltswitz nicht erfasst wird, kann dies jedoch lediglich vermutet bzw. es muss auf andere Statistiken zurückgegriffen werden (s. Kapitel 6). Für fünf Staaten lag der höchste Wert in der noch jüngeren Altersgruppe der 16- bis unter 25-Jährigen, was bspw. im

Tabelle 2: Alters- und Geschlechtsstruktur der im Jahr 2022 zugewanderten EU-Staatsangehörigen nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Altersgruppe in Jahren							Gesamt	Frauenanteil
	0 bis unter 16	16 bis unter 25	25 bis unter 35	35 bis unter 45	45 bis unter 55	55 bis unter 65	65 Jahre und älter		
Belgien	155	625	750	355	215	100	45	2.240	40,6 %
Bulgarien	7.770	11.680	13.500	12.115	9.890	3.760	925	59.640	39,2 %
Dänemark	80	540	540	135	110	60	40	1.510	49,7 %
Estland	55	170	175	105	45	25	15	590	48,3 %
Finnland	90	470	475	175	85	40	20	1.345	54,6 %
Frankreich	640	4.760	3.410	1.210	575	250	135	10.980	49,5 %
Griechenland	1.820	3.290	4.640	2.540	1.950	1.025	515	15.775	39,6 %
Irland	100	915	920	315	175	85	25	2.530	40,1 %
Italien	2.085	8.740	10.780	4.585	2.875	1.485	730	31.275	42,0 %
Kroatien	1.990	4.455	5.125	3.555	2.935	1.755	415	20.235	37,5 %
Lettland	320	955	1.035	865	565	285	55	4.080	35,2 %
Litauen	225	1.460	1.435	865	720	400	115	5.215	39,0 %
Luxemburg	170	805	630	185	130	160	80	2.155	49,4 %
Malta	10	20	40	20	15	5	0	110	45,5 %
Niederlande	560	1.425	2.000	970	810	565	300	6.625	40,9 %
Österreich	490	1.795	2.550	995	590	360	240	7.020	49,4 %
Polen	3.875	18.245	21.895	15.330	12.845	5.515	1.515	79.230	35,1 %
Portugal	525	1.550	2.140	1.195	845	380	95	6.730	38,6 %
Rumänien	12.250	40.060	41.125	32.415	26.415	7.460	1.610	161.335	34,7 %
Schweden	740	610	850	565	275	90	40	3.170	45,9 %
Slowakei	1.060	2.165	2.075	1.530	1.080	410	65	8.385	38,8 %
Slowenien	135	355	465	275	150	80	35	1.495	37,8 %
Spanien	2.295	5.885	5.730	2.480	1.770	520	160	18.840	44,3 %
Tschechien	715	1.385	1.730	1.210	775	285	95	6.200	42,4 %
Ungarn	1.400	5.415	7.070	4.555	4.275	1.495	320	24.530	36,1 %
Zypern	25	100	155	55	25	10	5	375	49,3 %
EU-Staatsangehörige gesamt	39.570	117.880	131.230	88.590	70.140	26.610	7.590	481.610	37,8 %

Anmerkung: Die farblichen Hinterlegungen stellen pro Land die Altersgruppe mit den höchsten Fallzahlen dar.

Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

Fall von Frankreich auf eine größere Zahl an in Deutschland studierenden Personen zurückgeführt werden kann (vgl. BMI/BAMF 2023).

Der Frauenanteil unter allen zugewanderten EU-Staatsangehörigen lag bei nicht einmal 40 %. Dabei variiert das Geschlechterverhältnis z. T. deutlich zwischen den ein-

zelnen Staatsangehörigkeiten. Lediglich unter finnischen Staatsangehörigen wanderten in diesem Zeitraum etwas mehr Frauen als Männer nach Deutschland zu. Die quantitativ besonders bedeutsamen Zuwanderungsgruppen aus den EU-2 bzw. EU-8-Staaten weisen hingegen besonders niedrige Frauenanteile auf (36 %), mit Rumänien, Polen und Lettland an letzter Stelle mit einem Anteil von jeweils 35 %.

3. Abwanderung von EU-Staatsangehörigen aus Deutschland

2022 sind laut AZR insgesamt etwa 338.100 EU-Staatsangehörige aus Deutschland fortgezogen. Die Abwanderung lag damit etwa auf dem gleichen Niveau wie in den Jahren 2021 (+0,3 %) und 2020 (-0,1 %), allerdings um etwa ein Fünftel niedriger als 2019.

Im Gegensatz zur Zuwanderung war die Abwanderung vor Eintreten der COVID-19-Pandemie konstant angestiegen (s. Tabelle 3). Der in 2020 folgende deutliche Rückgang dürfte damit überwiegend auf die Reisebeschränkungen im Rahmen der COVID-19-Pandemie zurückzuführen sein, welche

Tabelle 3: Anzahl der seit 2014 abgewanderten EU-Staatsangehörigen nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Veränderung 2021/22
Belgien	1.395	1.270	1.310	1.645	1.570	1.695	1.420	1.480	1.560	+5,4 %
Bulgarien	24.465	26.300	32.035	34.735	37.835	42.940	34.215	37.120	38.840	+4,6 %
Dänemark	1.270	1.060	1.220	1.470	1.430	1.950	1.415	1.580	1.475	-6,6 %
Estland	510	435	440	450	495	515	370	500	385	-23,0 %
Finnland	1.415	1.245	1.320	1.580	1.435	1.615	1.160	1.000	1.030	+3,0 %
Frankreich	7.935	7.665	8.150	9.980	8.910	11.090	7.815	8.960	8.235	-8,1 %
Griechenland	10.125	9.735	11.500	12.815	12.505	14.490	11.525	11.485	11.720	+2,0 %
Irland	875	860	1.080	1.120	1.300	1.610	1.010	1.310	1.425	+8,8 %
Italien	19.700	21.600	24.150	27.110	27.240	30.350	23.700	23.645	24.590	+4,0 %
Kroatien	9.415	11.790	15.120	17.465	18.560	19.635	16.365	15.970	16.920	+5,9 %
Lettland	3.200	2.825	2.990	3.415	3.525	4.195	3.185	3.260	2.855	-12,4 %
Litauen	3.765	3.685	4.060	4.425	5.720	6.810	5.625	5.190	4.325	-16,7 %
Luxemburg	1.115	1.050	1.100	1.210	1.190	1.400	1.395	1.380	1.325	-4,0 %
Malta	50	45	55	60	60	65	50	45	70	+55,6 %
Niederlande	5.405	5.460	5.910	6.310	6.510	6.765	5.885	5.640	5.390	-4,4 %
Österreich	5.950	5.190	5.475	6.965	6.035	6.610	5.720	5.610	5.420	-3,4 %
Polen	70.700	70.740	72.985	77.690	81.200	85.720	66.435	61.470	55.920	-9,0 %
Portugal	5.220	4.955	5.200	5.915	5.375	5.960	4.480	4.465	4.660	+4,4 %
Rumänien	63.365	73.185	87.855	100.985	113.415	124.375	102.935	105.980	109.570	+3,4 %
Schweden	1.400	1.305	1.430	1.640	1.550	1.865	1.415	1.560	1.550	-0,6 %
Slowakei	7.080	6.805	6.735	7.355	7.485	7.950	6.170	5.345	5.685	+6,4 %
Slowenien	1.725	1.890	1.925	1.950	1.835	1.820	1.360	1.290	1.240	-3,9 %
Spanien	10.350	10.285	11.380	12.000	11.545	12.685	8.730	9.930	11.105	+11,8 %
Tschechien	4.870	4.860	5.455	5.585	5.490	6.145	4.705	4.160	4.330	+4,1 %
Ungarn	23.680	23.255	25.395	27.390	26.510	26.840	21.120	18.575	18.240	-1,8 %
Zypern	175	160	150	220	215	210	210	215	210	-2,3 %
EU-Staatsangehörige gesamt*	285.150	297.650	334.425	371.490	388.930	425.310	338.420	337.160	338.095	+0,3 %

* Aus Vergleichsgründen wurden die Fortzugszahlen von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs aus der gesamten Zeitreihe herausgerechnet.

Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

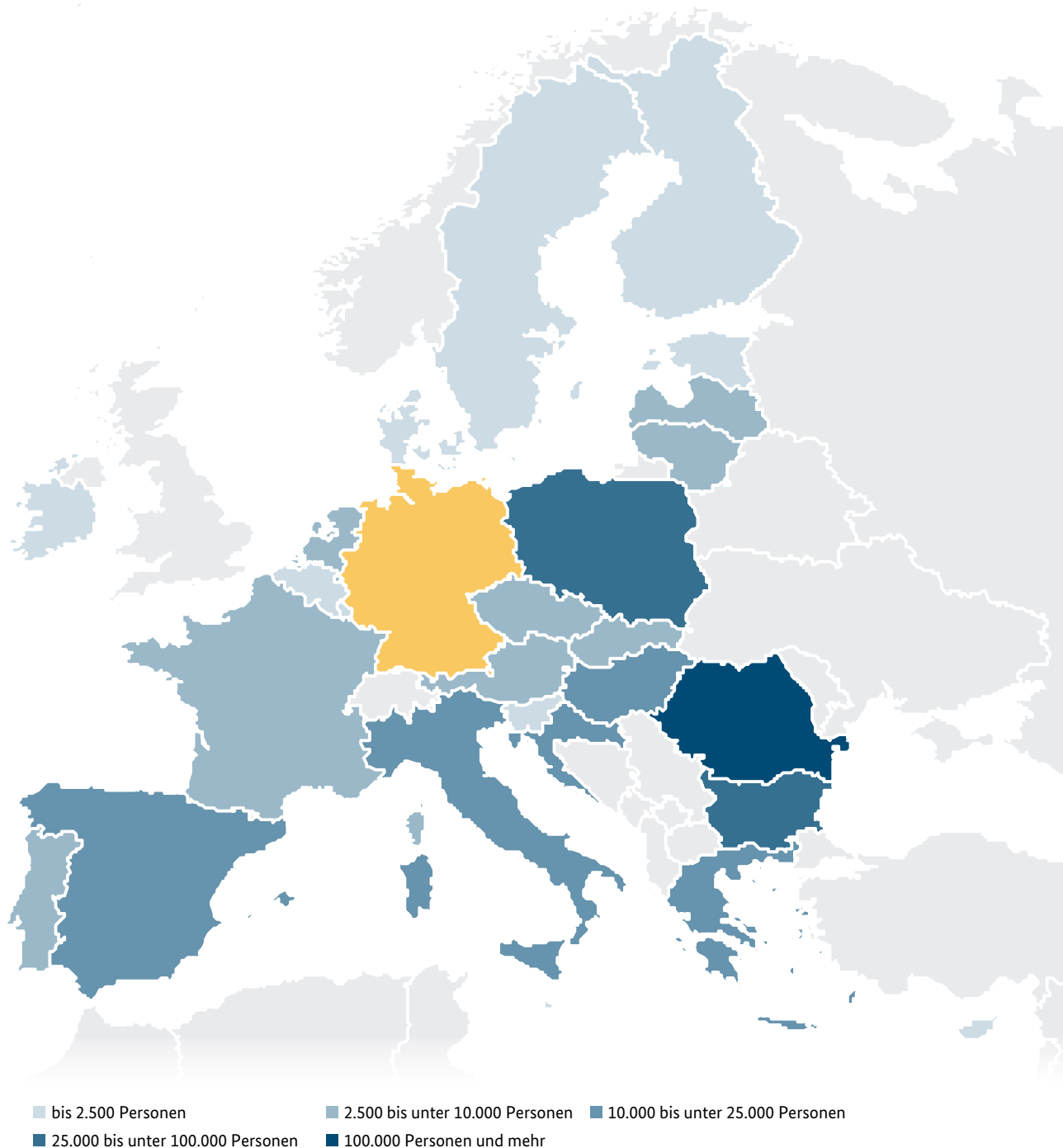
sowohl in Deutschland als auch in ähnlicher Form in den anderen EU-Mitgliedstaaten galten.

Die meisten Fortzüge waren wie in den Vorjahren mit Abstand bei rumänischen Staatsangehörigen zu verzeichnen (Abbildung 2). Dahinter folgten Personen aus Polen sowie Bulgarien. Somit sind bei diesen drei Staatsangehörigkeiten nach wie vor sowohl die meisten Zu- als auch Abwan-

derungen und damit eine hohe Dynamik des Migrationsgeschehens zu erkennen. Zusammengenommen machen diese Länder über 60 % sowohl der Zuzüge als auch der Fortzüge aus.

Hinsichtlich der verschiedenen Staatsangehörigkeiten zeigte sich eine sehr heterogene Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr. Die Anzahl der Fortzüge ist für Staatsangehörige

Abbildung 2: Im Jahr 2022 aus Deutschland abgewanderte EU-Staatsangehörige nach dem Umfang der Abwanderung



Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

aus der Hälfte der Länder gesunken und für die andere Hälfte angestiegen. Unter den quantitativ bedeutsamsten Staaten zeigten sich Steigerungen u. a. für kroatische Staatsangehörige (+6 %) sowie für Personen aus den EU-2-Staaten Bulgarien und Rumänien (+5 % bzw. 3 %). Ein besonders hoher Anstieg der Fortzüge lag außerdem bei spanischen Staatsangehörigen mit 12 % vor.

Dagegen ist die Abwanderung von Staatsangehörigen der EU-8 insgesamt rückläufig (-7 %). Dies liegt – aufgrund der quantitativen Bedeutung für diese Gruppe – vor allem an polnischen Staatsangehörigen (-9 %), bis auf Tschechien und die Slowakei weisen jedoch auch alle anderen EU-8-Staaten Rückgänge in den Fortzügen auf.

Grundsätzlich ist bei der Interpretation der Abwanderungszahlen anzumerken, dass deren Höhe u. a. vom Umfang der Zuwanderung der vorhergehenden Jahre (vgl. Kapitel 2) sowie von der Anzahl der zuletzt in Deutschland lebenden EU-Staatsangehörigen (vgl. Kapitel 5) abhängt.

4. Wanderungssaldo

Der Wanderungssaldo gibt die Nettozuwanderung an und berechnet sich aus der Differenz von Zuzügen und Fortzügen. Damit lassen sich Aussagen über die Veränderung der ausländischen Bevölkerungsgruppen in Deutschland treffen. Grundsätzlich sollte bei der Bewertung der Höhe der Nettozuwanderung für die einzelnen Staatsangehörigkeiten auch die jeweilige Zahl der in Deutschland aufhältigen Personen beachtet werden (Kapitel 5), da diese einen maßgeblichen Einfluss auf den Umfang der Zu- und Fortzüge nimmt.

Im Jahr 2022 sind etwa 143.500 EU-Staatsangehörige mehr nach Deutschland zu- als aus Deutschland abgewandert. Wie auch im Vorjahr zeigte sich ein solcher positiver Wanderungsgewinn für alle EU-Mitgliedstaaten (s. Tabelle 4 und Abbildung 3).

Die Nettozuwanderung aus der EU liegt somit um 12.100 Personen bzw. 9 % höher als im Vorjahr. Insgesamt waren die Wanderungsgewinne bereits vor dem Eintreten der

Tabelle 4: Wanderungssaldo von EU-Staatsangehörigen nach Staatsangehörigkeit seit 2014

Staatsangehörigkeit	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Veränderung 2021/22
Belgien	755	1.110	1.095	830	775	590	565	720	680	-5,6 %
Bulgarien	38.675	45.410	34.755	32.135	30.050	25.875	29.130	22.970	20.800	-9,4 %
Dänemark	215	555	515	305	290	-210	245	25	35	+40,0 %
Estland	310	370	300	230	205	170	190	15	205	+1.266,7 %
Finnland	275	720	585	335	280	-130	-120	60	315	+425,0 %
Frankreich	3.125	4.840	4.765	3.130	3.305	650	2.245	1.495	2.745	+83,6 %
Griechenland	13.235	14.175	10.830	9.410	8.460	4.395	4.125	3.190	4.055	+27,1 %
Irland	435	800	710	815	685	460	670	750	1.105	+47,3 %
Italien	23.975	25.855	18.550	16.320	16.110	9.595	6.945	4.900	6.685	+36,4 %
Kroatien	27.645	38.855	36.045	32.820	30.060	20.515	12.200	7.790	3.315	-57,4 %
Lettland	2.610	2.575	2.300	2.645	2.445	1.625	1.595	990	1.225	+23,7 %
Litauen	3.065	4.535	3.730	4.295	4.485	2.570	1.435	495	890	+79,8 %
Luxemburg	950	1.370	1.275	1.095	1.120	955	1.695	810	830	+2,5 %
Malta	15	45	15	30	25	30	65	65	40	-38,5 %
Niederlande	2.945	3.715	2.880	2.270	1.420	845	585	1.015	1.235	+21,7 %
Österreich	1.975	3.600	3.265	1.895	2.285	1.120	2.770	1.360	1.600	+17,6 %
Polen	73.060	77.170	50.150	40.335	32.210	15.745	17.155	13.930	23.310	+67,3 %
Portugal	3.955	3.700	2.825	1.470	1.230	410	1.065	1.350	2.070	+53,3 %
Rumänien	93.075	101.595	83.525	78.855	81.200	63.715	58.470	51.800	51.765	-0,1 %
Schweden	370	965	660	640	765	295	560	760	1.620	+113,2 %
Slowakei	5.485	5.195	3.285	2.765	2.330	2.120	1.320	2.730	2.700	-1,1 %
Slowenien	1.750	1.960	915	770	460	170	260	160	255	+59,4 %
Spanien	11.025	9.860	7.290	4.240	4.075	2.485	5.535	7.680	7.735	+0,7 %
Tschechien	4.100	4.615	2.510	2.580	2.415	1.390	1.595	1.845	1.870	+1,4 %
Ungarn	24.385	24.845	16.905	12.625	9.785	3.540	3.110	4.385	6.290	+43,4 %
Zypern	270	280	270	185	105	70	55	95	165	+73,7 %
EU-Staatsangehörige gesamt*	337.690	378.720	289.950	253.015	236.575	159.000	153.445	131.385	143.515	+9,2 %

* Aus Vergleichsgründen wurde der Wanderungssaldo von Staatsangehörigen des Vereinigten Königreichs aus der gesamten Zeitreihe herausgerechnet.

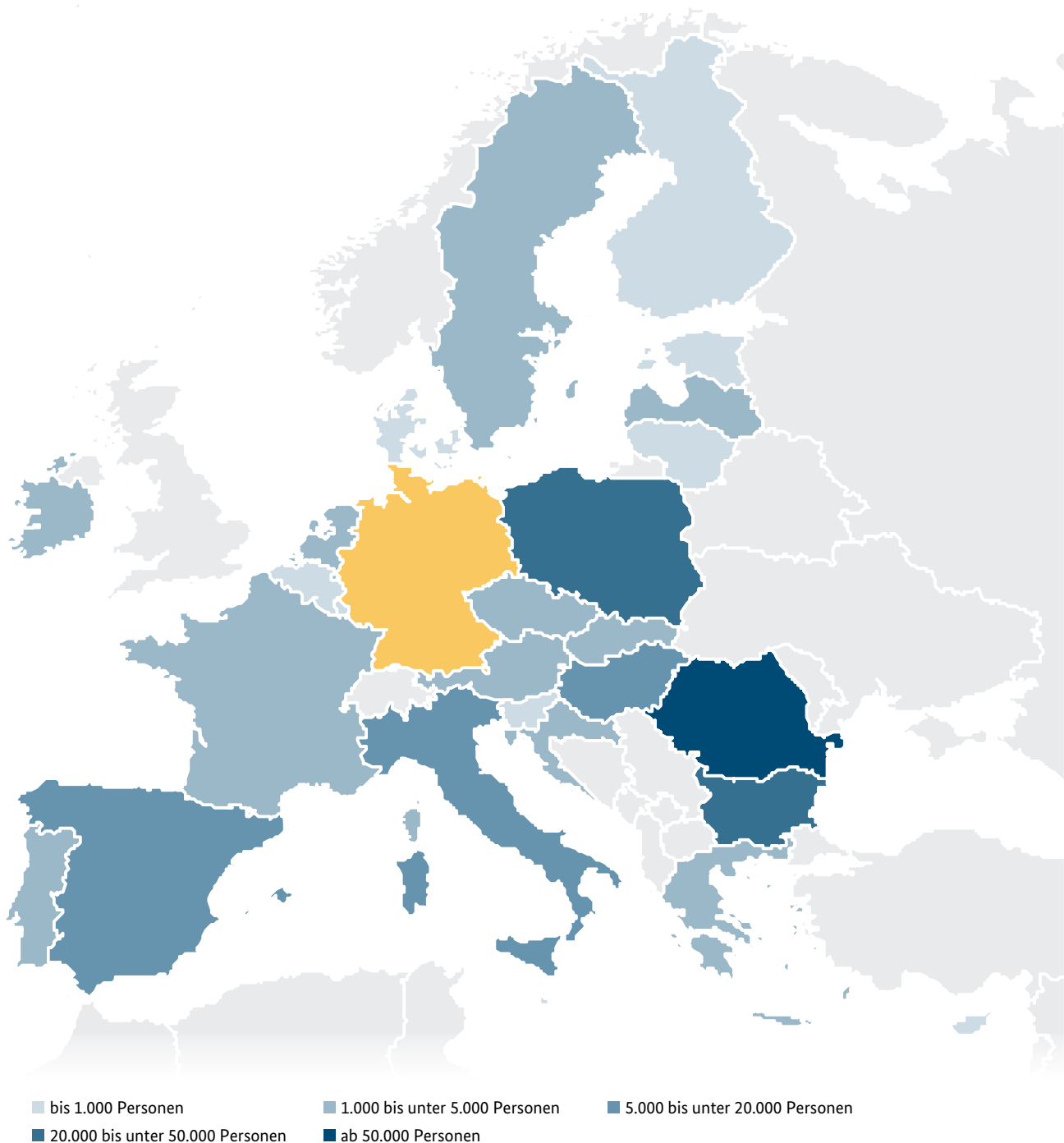
Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

COVID-19-Pandemie rückläufig, v. a. im ersten Halbjahr 2020 brachen sie jedoch noch einmal deutlich stärker ein (-25 % im Vergleich zum ersten Halbjahr 2019). Auf das Gesamtjahr 2020 bezogen lag der Rückgang jedoch nur noch bei etwa 3 %, da der Rückgang der Zuwanderung im zweiten Halbjahr deutlich geringer ausfiel, die Abwanderungszahlen jedoch weiterhin niedrig blieben. Im Jahr 2021 lag die Zahl der Zuwanderungen noch einmal leicht unter der des Vorjahres, die der Abwanderung blieben jedoch in etwa gleich. Dies führte zu einem weiteren Rückgang der

Nettozuwanderung (-14 %). Während die Abwanderung im Jahr 2022 weiterhin auf einem ähnlichen Niveau blieb, stieg die Zuwanderung wieder leicht an, was zur ersten Steigerung des Wanderungssaldos seit 2015 führte.

Der Herkunftsstaat in der EU, bei dessen Staatsangehörigen Deutschland 2022 den höchsten Wanderungsgewinn aufwies, war trotz aller Veränderungen in Zu- und Abwanderung wie bereits in den Vorjahren mit großem Abstand Rumänien. Allein auf dieses Land ging über ein Drittel des

Abbildung 3: Wanderungssaldo von EU-Staatsangehörigen im Jahr 2022 nach dessen Umfang



gesamten Wanderungsgewinns im Berichtsjahr zurück. Dahinter liegen Polen und Bulgarien mit zusammengekommen etwas über 30 %. Kroatische Staatsangehörige, deren Bedeutung für den Wanderungssaldo in den Jahren vor Eintreten der COVID-19-Pandemie noch auf einem ähnlichen Niveau mit dem der polnischen und bulgarischen Staatsangehörigen lag, finden sich aufgrund der weiterhin rückläufigen Zuwanderungszahlen inzwischen nur noch an achter Stelle, hinter Spanien, Italien, Ungarn und Griechenland auf den Rängen 4 bis 7.

Vergleicht man die Wanderungssalden der einzelnen Staatsangehörigkeiten im Jahr 2022 mit denen des Vorjahres, so weisen lediglich sechs einen gesunkenen Wert auf. Im Jahr 2021 war dies noch bei 14, im Jahr 2020 bei 11 Staaten der Fall. Der größte Rückgang in der Nettozuwanderung ist bei kroatischen Staatsangehörigen mit einem Minus von fast 4.500 Personen bzw. 57 % zu beobachten. Lediglich bulgarische Staatsangehörige weisen ebenfalls einen absoluten Rückgang in größerem Ausmaß auf (-2.200 Personen bzw. -9 %). Gleichzeitig stieg der Wanderungssaldo für Staatsangehörige aus den 20 übrigen EU-Mitgliedstaaten an. Die absolut gesehen höchste Steigerung zeigte sich bei polnischen Staatsangehörigen mit etwa 9.400 Personen, gefolgt von ungarischen, italienischen und französischen Staatsangehörigen mit Zuwächsen von 1.200 bis 1.900 Personen. Für Frankreich und Polen bedeutet dies einen Anstieg in der Nettozuwanderung um jeweils über die Hälfte. Dies ist sowohl auf einen Anstieg der Zuwanderung als auch einen Rückgang der Abwanderung zurückzuführen.

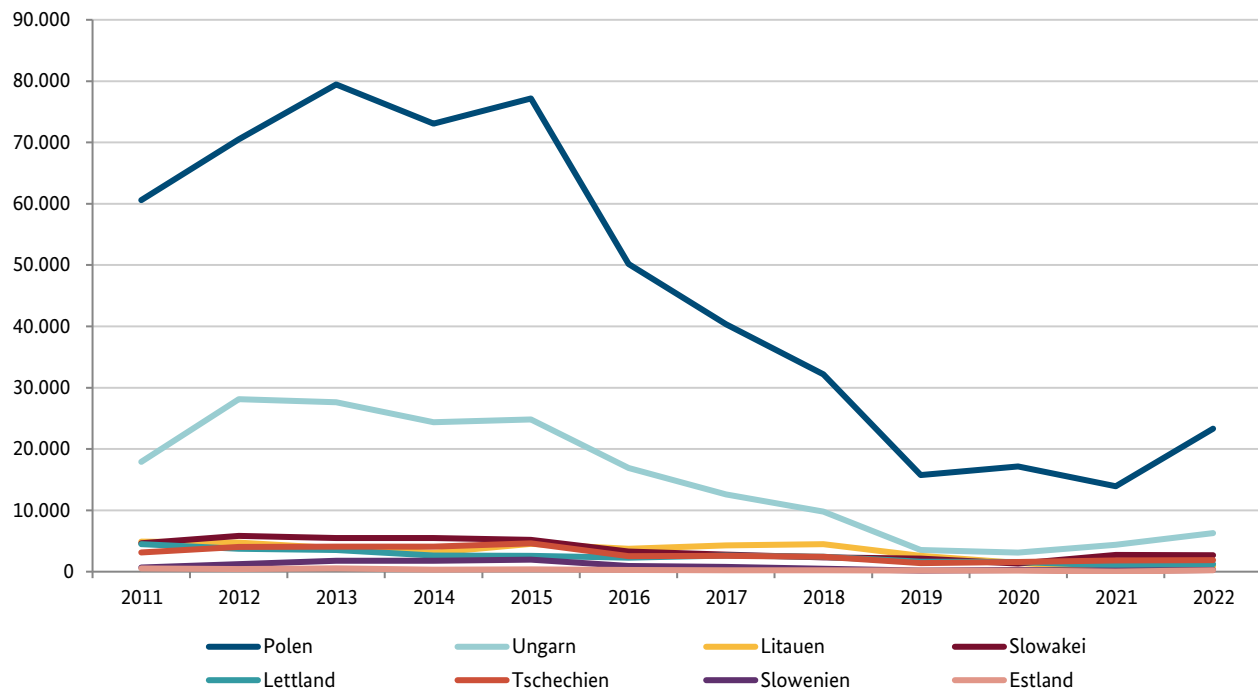
Insgesamt betrachtet zeigt sich mit dem Anstieg des Wanderungssaldos eine leichte Erholung des Migrationsgeschehens. Bezogen auf die einzelnen Staatsangehörigkeiten verdeutlichen die Auswertungen aber auch, wie heterogen sich dies je nach Herkunftsland gestaltet und wie unterschiedliche Entwicklungen in der Zuwanderung einerseits und der Abwanderung andererseits sich auf die resultierende Nettozuwanderung auswirken. Die zukünftige Entwicklung ist neben dem weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie auch von deren ökonomischen und sozialen Nachwirkungen sowohl in Deutschland als auch in den Herkunftsländern abhängig. Zusätzlich müssen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen des russischen Angriffskrieges in der Ukraine im Blick behalten werden. Grundsätzlich ist die Nettozuwanderung aus der EU jedoch weiterhin deutlich von den Ausmaßen in der Mitte des vergangenen Jahrzehnts entfernt.

Wanderungssaldo der EU-8 Staatsangehörigen

Die Einführung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Angehörige der EU-8 Staaten zum 1. Mai 2011 machte sich insbesondere bei der Entwicklung des Wanderungssaldos der polnischen und ungarischen Staatsangehörigen bemerkbar.⁵ Während der jährliche Wanderungsgewinn bei den übrigen Staatsangehörigen aus der EU-8 im gesamten Beobachtungszeitraum jeweils deutlich unter 10.000 Personen lag, erreichte dieser bei den ungarischen Migrantinnen und Migranten im Jahr 2012 mit etwa 28.000 Personen seinen vorläufigen Höhepunkt. Noch weitaus höher lag der Wanderungssaldo bei polnischen Staatsangehörigen. Hier wurde mit fast 80.000 Personen im Jahr 2013 das bisherige Maximum der jährlichen Nettozuwanderung erreicht. Seitdem wiesen beide Gruppen jedoch fast durchgängig rückläufige Tendenzen auf. Im Jahr 2021 stieg der Wanderungssaldo für tschechische, ungarische und vor allem slowakische Staatsangehörige an, was jedoch nur z. T. mit einer tatsächlichen Zunahme der Zuzüge verbunden war. Dagegen zeigte sich im Jahr 2022 für alle Staatsangehörigen der Gruppe der EU-8 mit Ausnahme der Slowakei ein Anstieg in der Nettozuwanderung, der für die meisten sowohl mit einer Zunahme der Zuwanderungszahlen als auch einer Abnahme der Abwanderungszahlen einherging.

Für die Gesamtheit der EU-8 Staatsangehörigen wurden seit dem Jahr 2016 fortlaufende Rückgänge in den Wanderungsgewinnen verzeichnet. Seit 2018 wurde das Niveau von 2011 – dem Jahr des Beginns der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für diese Staatsangehörigen – wieder unterschritten. Im Jahr 2022 stieg die Nettozuwanderung deutlich um 50 % auf insgesamt fast 37.000 Personen an, was im Wesentlichen auf den Anstieg unter polnischen und ungarischen Staatsangehörigen zurückzuführen ist (vgl. Abbildung 4).

⁵ Für detailliertere Angaben zu den Jahren 2011 bis 2013 siehe Graf 2019.

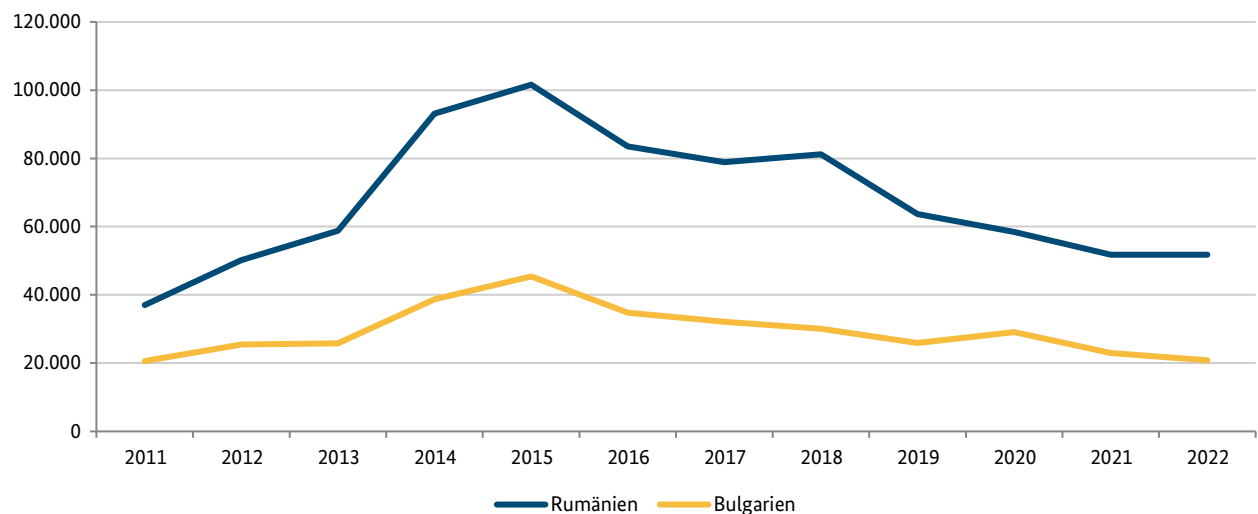
Abbildung 4: Entwicklung der Nettozuwanderung von Angehörigen der EU-8 Staaten seit 2011

Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

Wanderungssaldo der EU-2 Staatsangehörigen

Die Nettozuwanderung der Angehörigen der beiden EU-2 Staaten Rumänien und Bulgarien stieg – vor dem Hintergrund des EU-Beitritts am 1. Januar 2007 sowie der Einführung der vollen EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit ab dem 1. Januar 2014 – kontinuierlich an bis zu ihrem Höhepunkt von etwa 150.000 Personen im Jahr 2015. Aber auch hier kam es in den folgenden Jahren zu einer insgesamt absinkenden Entwicklung, was v. a. auf eine weitestgehend stagnierende

Zuwanderung bei gleichzeitig zunehmender Abwanderung zurückzuführen ist. 2022 stiegen für beide Staaten die Abwanderungszahlen weiter an. Da die Zuwanderung für rumänische Staatsangehörige in einem ähnlichen Umfang anwuchs, blieb der Wanderungssaldo unter diesen Personen in etwa gleich. Für bulgarische Staatsangehörige hingegen war die Zuwanderung sogar leicht rückläufig, was zu einem weiteren Rückgang der Nettozuwanderung führte. Der gesamte Verlauf der jährlichen Wanderungsgewinne aus den EU-2-Staaten seit 2011 ist in Abbildung 5 dargestellt.

Abbildung 5: Entwicklung der Nettozuwanderung von Angehörigen der EU-2 Staaten seit 2011

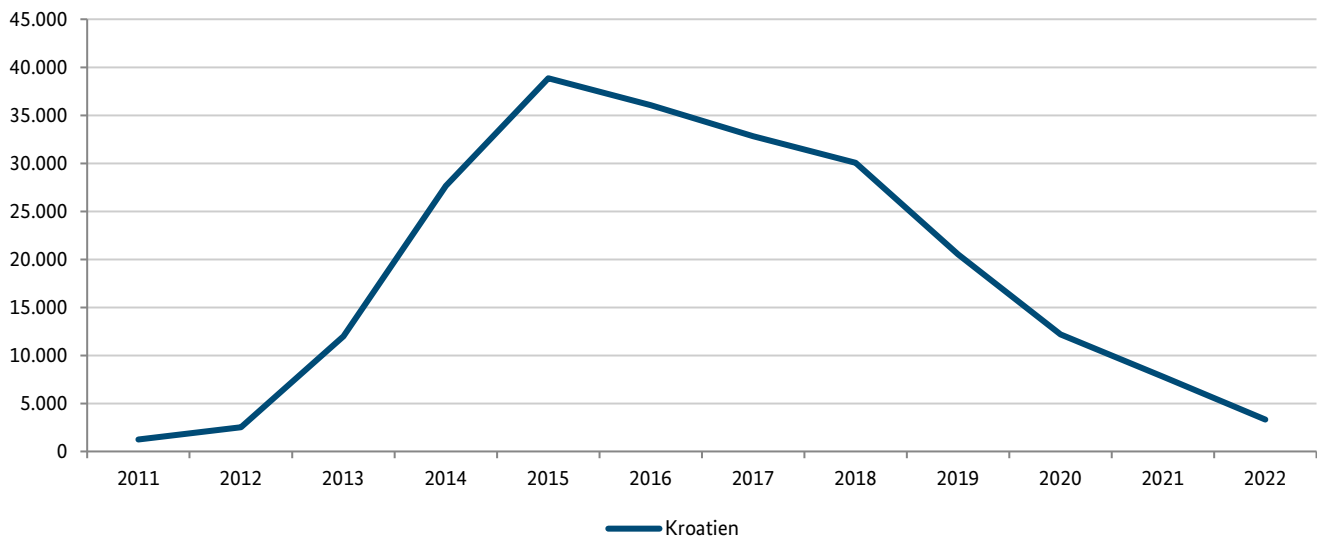
Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

Wanderungssaldo von kroatischen Staatsangehörigen

Der Wanderungssaldo kroatischer Staatsangehöriger nach Deutschland ist in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts stark gestiegen. Grundlegend hierfür waren der EU-Beitritt Kroatiens zum 1. Juli 2013 und die damit zusammenhängenden Erleichterungen bei der Zuwanderung und beim Aufenthalt dieser Staatsangehörigen. So stieg der Wanderungsgewinn von rund 2.500 Personen im Jahr 2012 bis auf fast 40.000 Personen in 2015. Dieser

vorläufige Höchstwert geht aller Wahrscheinlichkeit nach auf die Einführung der vollen EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit für kroatische Bürgerinnen und Bürger ab dem 1. Juli 2015 zurück. In den folgenden Jahren sank die Nettozuwanderung jedoch wieder kontinuierlich ab. Diese Entwicklung setzte sich auch mit Einsetzen der COVID-19-Pandemie fort. Sowohl in den Jahren 2020, 2021 als auch 2022 fiel die Nettozuwanderung kroatischer Staatsangehöriger deutlich um insgesamt 84 %. Damit lag der Wanderungsgewinn 2021 erstmals wieder unter dem Niveau des Jahres des kroatischen EU-Beitritts (Abbildung 6).

Abbildung 6: Entwicklung der Nettozuwanderung von kroatischen Staatsangehörigen seit 2011



Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

5. In Deutschland aufhältige EU-Staatsangehörige

Nach Angaben des AZR waren zum Stichtag 31. Dezember 2022 5.064.515 Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten⁶ in Deutschland aufhältig, was einen Anstieg von 79.025 Personen bzw. 1,6 % im Vergleich zum Jahresende 2021 bedeutet.⁷ EU-Staatsangehörige machten dementsprechend mit 38 % knapp zwei Fünftel aller in Deutschland lebenden ausländischen Staatsangehörigen aus (insgesamt 13.383.910 Personen). Der Frauenanteil unter den EU-Staatsangehörigen lag bei 46 %. Dieser schwankt jedoch sehr stark zwischen den unterschiedlichen EU-Staaten. Während Personen mit einer finnischen Staatsangehörigkeit zu fast zwei Dritteln weiblich waren (65 %), lag der Frauenanteil für Irland lediglich bei 41 %. Insgesamt bildeten Frauen nur unter Staatsangehörigen von sieben EU-Mitgliedstaaten die Mehrheit.

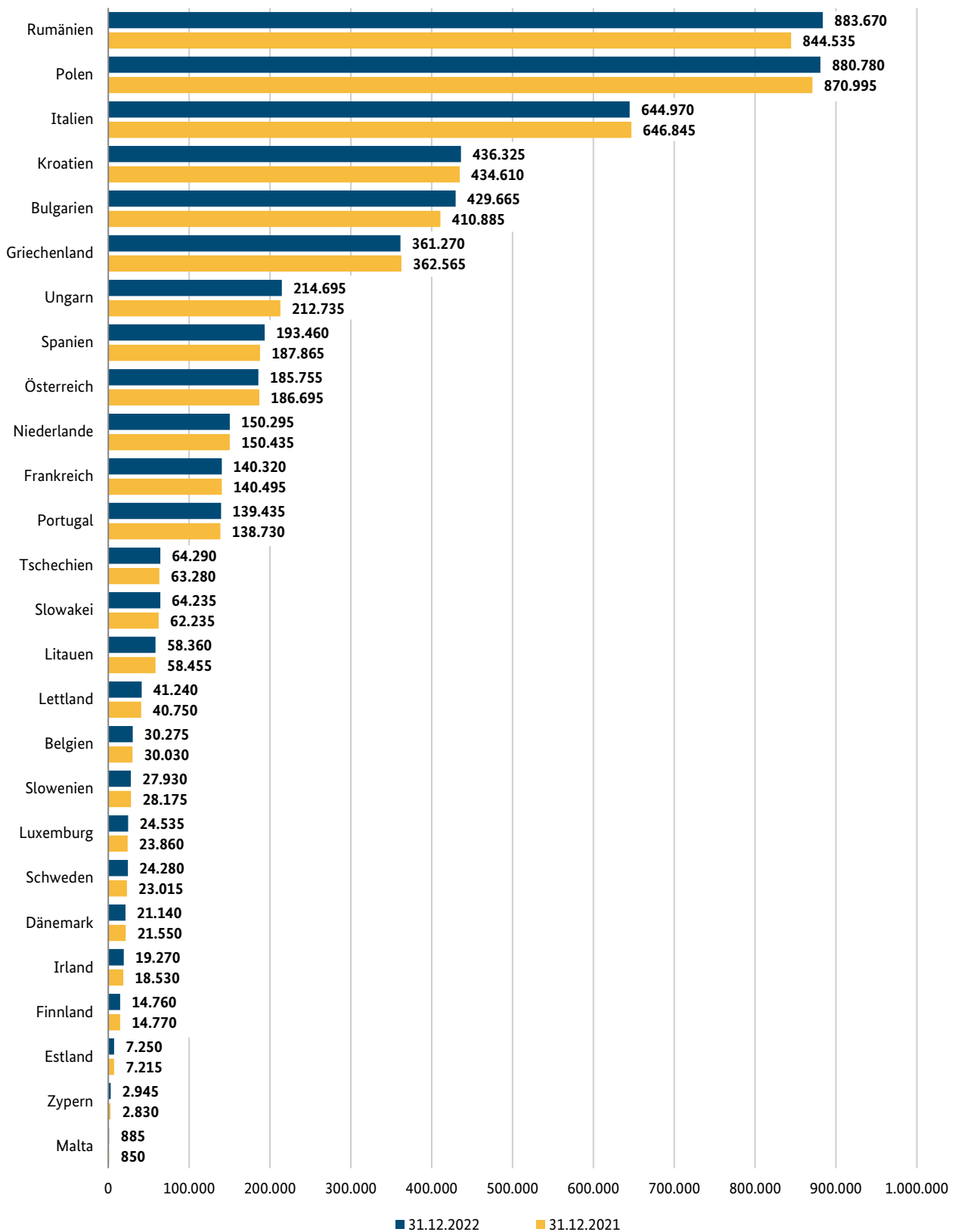
Abbildung 7 zeigt die Anzahl der in Deutschland aufhältigen EU-Staatsangehörigen nach den einzelnen Nationalitäten. Zum Jahresende 2022 stellten erstmalig rumänische Staatsangehörige mit etwa 883.700 Personen die größte Nationalitätengruppe dar, dicht gefolgt von polnischen Staatsangehörigen mit ca. 880.800 Personen (beide jeweils mit einem Anteil von 17 %).

Auf dem dritten Platz liegen italienische Staatsangehörige mit etwa 645.000 Personen (13 %). Gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 2021 stieg der jeweilige Wert bei 17 EU-Staaten an, während er bei neun sank. Die größte Zunahme gab es absolut gesehen bei rumänischen Staatsangehörigen mit über 39.000 Personen, aber auch bulgarische Staatsangehörige konnten mit fast 19.000 Personen einen deutlichen Anstieg verzeichnen. Dies entspricht in beiden Fällen einem prozentualen Anstieg von 5 % und spiegelt die immer noch hohen Zuwanderungszahlen aus den beiden Ländern wider. Die absolut betrachtet stärkste Abnahme verzeichneten italienische Staatsangehörige mit etwa 1.900 Personen, was jedoch nur einem prozentualen Rückgang um 0,3 % entspricht.

6 Summe an aufhältigen Staatsangehörigen aller EU-Staaten außer Deutschland (s. Abbildung 7) zzgl. Zugewanderten aus der ehemaligen Tschechoslowakei, die nicht eindeutig einem Nachfolgestaat (Tschechien oder Slowakei) zugeordnet werden konnten.

7 Die Veränderung der Zahl der aufhältigen EU-Ausländerinnen und Ausländer ergibt sich aus der Nettozuwanderung, aus der Zahl der Geburten und Sterbefälle dieser Staatsangehörigen in Deutschland sowie aus der Zahl der erfolgten Einbürgerungen bzw. Staatsangehörigkeitswechsel. Hinzu kommen Veränderungen, die auf Nacherfassungen und Datenbereinigungen im AZR beruhen. Im Gegensatz zu den Angaben in den Kapiteln 2 bis 4 wird bei den Bestandsdaten kein Nacherfassungszeitraum berücksichtigt.

Abbildung 7: Anzahl der in Deutschland aufhältigen EU-Staatsangehörigen zum 31. Dezember 2021 und 2022 nach Staatsangehörigkeit



Quelle: AZR zum Stichtag 31.12.2022 bzw. 31.12.2021

6. EU-Staatsangehörige auf dem deutschen Arbeitsmarkt

Da für EU-Staatsangehörigen im AZR kein Aufenthaltszweck erfasst wird, sind anhand dieser Daten keine Aussagen über deren Teilhabe am deutschen Arbeitsmarkt möglich. Hierzu muss auf die von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellten Daten der Beschäftigungsstatistik zurückgegriffen werden (BA 2023a). Tabelle 5 zeigt daher die Anzahl der in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer, die eine EU-Staatsangehörigkeiten besitzen, zum Stand 30. September 2022.⁸

Insgesamt waren demnach zum Stichtag etwas über 2,5 Mio. Staatsangehörige der anderen EU-Mitgliedstaaten in Deutschland sozialversicherungspflichtig tätig.⁹ Dies stellt eine Steigerung von etwa 137.000 Personen bzw. 5,7 % im Vergleich zum Vorjahresmonat dar. Nach einem niedrigeren Anstieg im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie (+1,3 %) liegt der Wert genauso wie im letzten Jahr (+5,6 %) leicht über dem Niveau von 2019 (+5,4 %).¹⁰

Nicht-deutsche EU-Staatsangehörige stellten damit im September 2022 7 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Des Weiteren machten diese mit 49 % etwa die Hälfte aller ausländischen Beschäftigten aus. In den Vorjahren lag der Wert sogar leicht über 50 %. Aber auch so ist der Anteil höher als unter den aufhältigen Ausländerinnen und Ausländern (38 %; s. Kapitel 5). Ob dies an einer unterschiedlichen Altersstruktur oder Erwerbsquote im Vergleich zu Drittstaatsangehörigen liegt, kann anhand der diesem Bericht zugrundeliegenden Daten nicht abschließend geklärt werden. Auch die abweichende Anzahl an Grenzpendelnden bzw. ein höherer Anteil an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gegenüber anderen Formen der Erwerbstätigkeit stellen mögliche Gründe für den erhöhten Anteil dar.

Fast ein Drittel der in Deutschland sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personen aus dem EU-Ausland besaß die Staatsangehörigkeit eines EU-8 Staats. Daneben

bilden auch die EU-2 Staaten (27 %) sowie die sogenannten GIPS-Staaten¹¹ (23 %) zentrale Gruppen. Zusammen mit Kroatien machen diese 15 Staaten über 90 % der sozialversicherungspflichtig beschäftigten EU-Staatsangehörigen auf dem deutschen Arbeitsmarkt aus. Mit rund 82.400 Personen bzw. 3 % ist Frankreich das Land mit dem größten Anteil außerhalb der genannten Gruppen. Hier kann aber auch ein größerer Anteil von Grenzpendelnden vermutet werden, ebenso wie bei den übrigen Nachbarländern Deutschlands.

Innerhalb der zehn häufigsten Herkunftsstaaten wiesen erneut Personen aus Bulgarien und Rumänien mit jeweils rund 10 % die höchsten Steigerungsquoten im Vergleich zum Vorjahresmonat auf. Aber auch für polnische, tschechische und spanische Staatsangehörige war eine überdurchschnittliche Steigerung von jeweils etwa 7 % zu verzeichnen.

Insgesamt ist die Beschäftigung von EU-Staatsangehörigen stark von Tätigkeiten auf dem sogenannten Helfer-Niveau geprägt, welche keine explizite Ausbildung voraussetzen. Deren Anteil liegt mit rund 39 % fast dreimal so hoch wie unter den deutschen Beschäftigten (13 %) und auch leicht über dem von Personen aus Drittstaaten (34 %). Speziell hochqualifizierte Beschäftigungen auf Spezialisten- bzw. Experten-Niveau weisen hingegen unter Beschäftigten aus der EU mit zusammen 15 % einen deutlich geringeren Anteil auf als unter deutschen Beschäftigten (30 %), aber auch als unter Personen aus Drittstaaten (19 %). Die Anteile der einzelnen Qualifikationsniveaus variieren jedoch sowohl für Personen aus der EU als auch aus Drittstaaten stark für die einzelnen Staatsangehörigkeiten. Während Helfer-Tätigkeiten für Beschäftigten aus den Staaten der EU-Osterweiterung ab 2004 mit 46 % besonders häufig sind, liegt deren Anteil mit 30 % unter den GIPS-Staaten deutlich niedriger und beispielsweise für französische Beschäftigte mit 16 % nur leicht über dem Anteil unter den deutschen Beschäftigten.

Der Frauenanteil unter allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten EU-Staatsangehörigen lag im September 2022 bei nur 39 %. Dieser hat sich damit seit 2019 etwas erhöht (+0,7 Prozentpunkte). Die aktuelle Steigerung in der Beschäftigung lag bei Frauen mit 6,6 % auch etwas höher als bei Männern (+5,2 %). Unter den zehn häufigsten

8 Da für die Daten eine Wartezeit von sechs Monaten besteht, können die Zahlen für das Jahresende 2022 in diesem Bericht nicht verwendet werden.

9 D. h. ohne ausschließlich geringfügig Beschäftigte, Selbstständige, Beamtinnen und Beamte, mithelfende Familienangehörige und Berufs- und Zeitsoldaten, aber inkl. Grenzpendelnde.

10 Die Werte von 2019 und 2020 beinhalten im Gegensatz zu denen ab 2021 Beschäftigte aus dem Vereinigten Königreich.

11 Griechenland, Italien, Portugal und Spanien.

Staatsangehörigkeiten war dies lediglich für Personen aus Spanien nicht der Fall, welche jedoch auch das Land mit dem höchsten Frauenanteil in der Beschäftigung bildeten. Der niedrigste Wert unter diesen Ländern zeigte sich für rumänische Staatsangehörige mit lediglich 35 %. An dieser Stelle muss jedoch beachtet werden, dass diese Unterschiede nicht direkt die unterschiedlichen Erwerbsquoten der Frauen widerspiegeln. Wie Kapitel 5 zeigt, schwankt auch der Frauenanteil in der aufhältigen Bevölkerung stark

zwischen den einzelnen Herkunftsländern und damit der Umfang des weiblichen Erwerbspotenzials.

Analysen der BA zeigen insgesamt, dass die Beschäftigungsquote für alle nicht-deutschen EU-Staatsangehörigen mit 62 % leicht unter der der deutschen Bevölkerung liegt (71 %), die Arbeitslosenquote mit 7 zu 5 % dafür etwas höher (BA 2023b).

Tabelle 5: Ausländische EU-Staatsangehörige mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Deutschland nach Staatsangehörigkeiten (Stand: 30.09.2022)

Staatsangehörigkeit	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			Veränderung zum Vorjahresmonat	
	Anzahl	Anteil	Frauenanteil	Absolut	Prozentual
EU-Staatsangehörige insgesamt	2.534.588	100,0 %	39,2 %	137.093	+5,7 %
EU-8 Staaten	800.283	31,6 %	40,5 %	48.389	+6,4 %
EU-2 Staaten	696.319	27,5 %	35,8 %	62.481	+9,9 %
GIPS-Staaten	591.173	23,3 %	39,1 %	17.382	+3,0 %
Top 10 Staatsangehörigkeiten					
Polen	518.270	20,4 %	39,7 %	36.150	+7,5 %
Rumänien	510.771	20,2 %	35,2 %	46.132	+9,9 %
Italien	284.642	11,2 %	38,2 %	5.490	+2,0 %
Kroatien	212.560	8,4 %	41,6 %	4.503	+2,2 %
Bulgarien	185.548	7,3 %	37,5 %	16.349	+9,7 %
Griechenland	155.859	6,1 %	39,8 %	4.240	+2,8 %
Ungarn	113.490	4,5 %	40,9 %	3.402	+3,1 %
Spanien	83.981	3,3 %	42,3 %	5.473	+7,0 %
Frankreich	82.445	3,3 %	41,6 %	1.116	+1,4 %
Tschechien	67.944	2,7 %	38,0 %	4.311	+6,8 %
Sonstige EU-Staatsangehörige	319.078	12,6 %	43,0 %	9.927	+3,2 %

Quelle: BA 2023 (eigene Berechnung)

LITERATUR

AA – Auswärtiges Amt (2023): Reisen und COVID-19-Pandemie – Einreisebeschränkungen weitgehend aufgehoben. Online: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/quarantaene-einreise/2371468> (20.03.2023).

BA - Bundesagentur für Arbeit (2023a): Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten (Quartalszahlen). Deutschland, Länder und Kreise. 30. September 2022. Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg.

BA - Bundesagentur für Arbeit (2023b): Berichte: Arbeitsmarkt kompakt – Ausländische Arbeitskräfte am deutschen Arbeitsmarkt. Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg.

BMG – Bundesministerium für Gesundheit (2023): Coronavirus-Einreiseverordnung (CoronaEinreiseV). Online: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/gesetze-und-verordnungen/guv-19-lp/coronaeinreisev.html> (13.06.2023).

BMI/BAMF – Bundesministeriums des Innern und für Heimat/Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2023): Migrationsbericht der Bundesregierung. Migrationsbericht 2021. Berlin: Bundesministerium des Innern und für Heimat.

Graf, Johannes (2019): Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland. Jahresbericht 2018. Berichtserien zu Migration und Integration, Reihe 2, Nürnberg: Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Graf, Johannes (2023): Monitoring zur Bildungs- und Erwerbsmigration: Erteilung von Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige. Jahresbericht 2022. Berichtserien zu Migration und Integration, Reihe 1, Nürnberg: Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Anhang:

Zu- und Abwanderung von EU-Staatsangehörigen nach Bundesländern

- Im Jahr 2022 zugewanderte EU-Staatsangehörige nach Bundesländern und den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten
- Im Jahr 2022 abgewanderte EU-Staatsangehörige nach Bundesländern und den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten
- Wanderungssaldo von EU-Staatsangehörigen im Jahr 2022 nach Bundesländern und den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

Im Jahr 2022 zugewanderte EU-Staatsangehörige nach Bundesländern und den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

	Rumänien	Polen	Bulgarien	Italien	Ungarn	Kroatien	Spanien	Griechenland	Frankreich	Slowakei	Sonstige	Gesamt
Baden-Württemberg	32.795	8.210	8.090	6.045	6.010	5.235	2.550	2.950	1.835	1.275	6.030	81.025
Bayern	34.440	12.230	8.525	6.805	8.330	6.835	3.150	3.390	1.900	2.540	9.720	97.865
Berlin	4.955	4.820	3.620	4.665	1.240	870	2.370	1.230	2.760	240	7.490	34.255
Brandenburg	1.780	4.105	450	285	190	80	180	190	110	105	595	8.075
Bremen	360	255	840	90	85	45	100	80	30	10	270	2.160
Hamburg	510	455	345	105	25	60	125	45	45	20	275	2.005
Hessen	14.275	6.785	7.560	3.395	1.470	2.340	2.360	1.595	1.070	365	4.260	45.465
Mecklenburg-Vorpommern	1.335	2.365	580	325	170	70	110	135	75	140	510	5.805
Niedersachsen	17.905	9.905	6.055	1.320	1.465	715	1.025	1.000	385	520	3.765	44.060
Nordrhein-Westfalen	29.255	15.415	14.105	4.775	2.395	2.225	4.350	3.385	1.510	700	9.510	87.620
Rheinland-Pfalz	9.645	4.135	4.185	1.430	1.155	790	895	640	475	195	3.450	27.000
Saarland	1.535	285	730	360	330	60	90	105	245	150	685	4.570
Sachsen	3.220	3.270	1.025	680	715	290	695	465	255	1.210	2.260	14.090
Sachsen-Anhalt	2.830	2.855	1.320	240	375	245	200	210	70	90	640	9.065
Schleswig-Holstein	3.455	2.205	1.410	470	185	230	355	230	125	100	1.110	9.870
Thüringen	3.050	1.935	805	285	390	150	290	125	80	735	830	8.675
Gesamt	161.335	79.230	59.640	31.275	24.530	20.235	18.840	15.775	10.980	8.385	51.395	481.610

Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

Im Jahr 2022 abgewanderte EU-Staatsangehörige nach Bundesländern und den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

	Rumänien	Polen	Bulgarien	Italien	Ungarn	Kroatien	Griechenland	Spanien	Frankreich	Slowakei	Sonstige	Gesamt
Baden-Württemberg	23.430	6.810	5.865	5.935	4.625	4.800	2.335	1.865	1.570	1.045	5.080	63.365
Bayern	23.150	8.405	5.575	5.155	6.405	5.460	2.760	1.920	1.475	1.890	7.460	69.655
Berlin	1.970	2.275	1.450	2.105	490	495	565	1.150	1.525	105	3.760	15.885
Brandenburg	1.025	2.020	385	215	160	55	135	90	80	60	340	4.570
Bremen	300	295	615	85	95	65	65	85	35	10	245	1.900
Hamburg	775	695	465	280	35	165	80	245	235	25	680	3.685
Hessen	9.440	5.715	4.870	2.815	1.130	2.000	1.285	1.490	925	295	3.265	33.230
Mecklenburg-Vorpommern	700	1.295	245	200	85	50	90	70	50	95	425	3.305
Niedersachsen	12.230	7.290	4.375	1.170	1.180	510	730	565	245	330	2.880	31.505
Nordrhein-Westfalen	21.325	11.585	8.770	4.090	1.760	1.990	2.605	2.300	1.175	515	7.355	63.465
Rheinland-Pfalz	6.010	2.870	2.715	1.130	915	705	420	475	350	160	2.265	18.015
Saarland	1.020	205	565	310	250	50	75	90	215	35	400	3.215
Sachsen	1.905	1.895	545	440	450	195	205	295	185	595	1.275	7.985
Sachsen-Anhalt	2.110	1.920	845	135	265	135	135	65	35	75	440	6.165
Schleswig-Holstein	2.520	1.610	995	335	140	165	165	260	80	75	900	7.240
Thüringen	1.660	1.035	565	190	255	75	70	130	60	370	495	4.900
Gesamt	109.570	55.920	38.840	24.590	18.240	16.920	11.720	11.105	8.235	5.685	37.260	338.095

Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

Wanderungssaldo von EU-Staatsangehörigen im Jahr 2022 nach Bundesländern und den zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten

	Rumänien	Polen	Bulgarien	Spanien	Italien	Ungarn	Griechenland	Kroatien	Frankreich	Slowakei	Sonstige	Gesamt
Baden-Württemberg	9.365	1.400	2.225	685	110	1.385	615	435	265	230	950	17.660
Bayern	11.290	3.825	2.950	1.230	1.650	1.925	630	1.375	425	650	2.260	28.210
Berlin	2.985	2.545	2.170	1.220	2.560	750	665	375	1.235	135	3.730	18.370
Brandenburg	755	2.085	65	90	70	30	55	25	30	45	255	3.505
Bremen	60	-40	225	15	5	-10	15	-20	-5	-	25	260
Hamburg	-265	-240	-120	-120	-175	-10	-35	-105	-190	-5	-405	-1.680
Hessen	4.835	1.070	2.690	870	580	340	310	340	145	70	995	12.235
Mecklenburg-Vorpommern	635	1.070	335	40	125	85	45	20	25	45	85	2.500
Niedersachsen	5.675	2.615	1.680	460	150	285	270	205	140	190	885	12.555
Nordrhein-Westfalen	7.930	3.830	5.335	2.050	685	635	780	235	335	185	2.155	24.155
Rheinland-Pfalz	3.635	1.265	1.470	420	300	240	220	85	125	35	1.185	8.985
Saarland	515	80	165	-	50	80	30	10	30	115	285	1.355
Sachsen	1.315	1.375	480	400	240	265	260	95	70	615	985	6.105
Sachsen-Anhalt	720	935	475	135	105	110	75	110	35	15	200	2.900
Schleswig-Holstein	935	595	415	95	135	45	65	65	45	25	210	2.630
Thüringen	1.390	900	240	160	95	135	55	75	20	365	335	3.775
Gesamt	51.765	23.310	20.800	7.735	6.685	6.290	4.055	3.315	2.745	2.700	14.135	143.515

Quelle: AZR zum Stichtag 31.03.2023

DER AUTOR

Johannes Graf ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Referat FIII - Migration und Integration: Dauerbeobachtung und Berichtsreihen).

Kontakt:
johannes.graf@bamf.bund.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl
90461 Nürnberg

Stand:
06/2023

Gestaltung:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg

Bildnachweis:
Titel: iStock

ISBN:
978-3-944674-34-6

ISSN:
2750-1590

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies Dokument herunterladen.


Zitationshinweis:
Graf, Johannes (2023): Freizügigkeitsmonitoring: Migration von EU-Staatsangehörigen nach Deutschland. Jahresbericht 2022. Berichtsreihen zu Migration und Integration, Reihe 2. Nürnberg: Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.
<https://doi.org/10.48570/bamf.fz.bericht.r2.deutsch.2023.freizueg.jb.2022.1.0>

Diese Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 @BAMF_Dialog

 @bamf_bund